

Informationsdienst des CGB

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Der Deutsche Bundestag berät derzeit – wenn auch wegen der langwierigen Koalitionsverhandlungen sehr verspätet – den Haushaltsentwurf für das laufende Jahr. Größter Einzelposten ist wie auch in den Vorjahren der Einzelplan 11, also der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. 122 Milliarden Euro und damit ein Drittel des Gesamtetats stehen hierfür zur Verfügung. Auf der einen Seite ist dies sicherlich Ausdruck unseres Wohlfahrtsstaates, auf der anderen Seite fehlen diese Mittel, wenigstens zum Teil, im arbeitsplatzschaffenden Investitionsbereich.

31,5 Milliarden Euro stehen für die Arbeitsförderung, die Grundsicherung und das Arbeitslosengeld II zur Verfügung, und die Zuschüsse zur Rentenversicherung übersteigen – einschließlich der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - knapp die 90-Milliarden-Grenze. Ob es dabei in Zukunft bleibt, ist angesichts der demographischen Entwicklung und vor dem Hintergrund der „Rente mit 63“ durchaus zu bezweifeln.

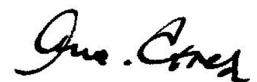
Zu den positiven Botschaften des Haushalts 2014 gehört zweifellos, dass die Vorgabe, ab 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, klar erfüllt ist. Der Etat weist sogar einen Überschuss von rund 1,8 Milliarden Euro auf, vor allem kommt er ohne Steuererhöhungen – wie von mancher Seite gefordert – aus. Alle Zusatzbelastungen bei gesetzlichen Leistungen zum Beispiel für den Arbeitsmarkt oder beim Elterngeld sind solide gegenfinanziert und die Bundesressorts haben eine überraschende Ausgabendisziplin an den Tag gelegt.

Die Verpflichtungen aus dem Koalitionsvertrag sind damit – soweit es das Finanzielle angeht – weitgehend erfüllt. „Knackpunkte“ unter den Koalitionären aber gibt es weiterhin: Sie sind bei der Frage der Rente mit 63 ebenso zu finden wie bei der Besetzung der geplanten Mindestlohnkommission oder dem Umgang mit der Gewerkschaftsvielfalt in den Betrieben und Unternehmen. Hier gibt es noch reichlich Konfliktstoff, und wir als CGB müssen und werden darauf achten, dass in Deutschland nicht erneut eine monströse Einheitsgewerkschaft entsteht.

Matthäus Strebl
CGB-Bundesvorsitzender

INTERN

Ausgabe April 2014

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
 Telefon: 030/21 02 17-30
 Fax: 030/21 02 17-40
 E-Mail: cgb.bund@cgb.info
 Internet: www.cgb.info
 ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow
 Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog
 Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.

Aktuelles Thema

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



CGB Maiaufruf 2014

Mindestlohn alleine reicht nicht!

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nimmt ein vom Gesetzgeber initiiertes Mindestlohn konkret Gestalt an. Eine Entwicklung, die bei unseren europäischen Nachbarn schon lange abgeschlossen und gesellschaftlich akzeptiert ist, auch wenn der Mindestlohn nicht nur Probleme löst, sondern auch neue Probleme schafft. Die Einführung eines Mindestlohns führt auch zu einer neuen Ausrichtung unserer Gewerkschaftsarbeit. Unsere Aufgaben als christliche Gewerkschaften werden zukünftig im Aushandeln eines auf Ausbildung, Qualifikation und Leistung gerichteten Lohn- und Vergütungsgitters liegen, welches auf dem Mindestlohn aufbaut. Der Abstand der tarifvertraglichen Vergütungsgruppen muss in Zukunft noch stärker Ausbildung, Verantwortung und Engagement eines Mitarbeiters berücksichtigen. Das ist unser Auftrag für die zukünftige gewerkschaftliche und betriebliche Arbeit.

Der CGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben bereits auf dem 15. Ordentlichen Bundeskongress 2013 in Dresden die Weichen für die Umsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns als allgemeine Lohnuntergrenze gestellt. Wir haben klar gestellt, dass Deutschland eine allgemeine Lohnuntergrenze braucht, weil Arbeit nicht nur zum Zweck hat, das Lebens Einkommen zu sichern, sondern weil Arbeit vor allem auch eine Würde hat. Eine Vollzeitbeschäftigung, deren Einkommen so niedrig ist, dass immer noch Anspruch auf staatliche Aufstockung besteht, hat diese Würde nicht. Ein Arbeitnehmer in Deutschland muss von seiner Arbeit leben können, wenn er in Vollzeit arbeitet!

Diese Botschaft bringen wir in die Betriebe. Unser Erfolg bei den diesjährigen Betriebsratswahlen betätigt uns in unserer Arbeit und zeigt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. In fast allen Betrieben, in denen wir an den Betriebsratswahlen teilgenommen haben, konnten wir unsere Mandate deutlich ausbauen. Ein Zuspruch der Beschäftigten in den Belegschaften, der unsere Arbeit vor Ort für die Menschen belohnt und würdigt. Gute Betriebsarbeit ist aber nur möglich, wenn alle Beschäftigten mit ihren Meinungen und Ideen mitgenommen werden. Dies kann eine einzige Gewerkschaft niemals leisten. Deswegen brauchen wir viele unabhängige Gewerkschaften, die die Interessen ihrer Mitglieder und damit alle Interessen im Betrieb gegenüber dem Arbeitgeber vertreten!

Wenn der Mindestlohn ein Erfolg werden soll, müssen gleichzeitig Wege gefunden werden, um einen Miss-

brauch durch eine geschickte Umgehung der Lohnuntergrenze zu verhindern. Schnell hat sich gezeigt, dass viele Arbeitgeber mit windigen arbeitsrechtlichen Konstruktionen Möglichkeiten finden, um Mindestlöhne auszuhebeln. Gewerbliche Werkverträge, die Tarifverträge, Mindestlöhne und Mitbestimmung unterlaufen sind in vielen Branchen leider Bestandteil der Arbeitswelt geworden. Ob gewerbliche (Schein-)Werkverträge im Handel und der Industrie oder die Ausweitung der Scheinselbstständigkeit im Friseurhandwerk, diese Entwicklung müssen wir stoppen!

Wir als christliche Gewerkschaften haben klare Forderungen zur Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit verabschiedet. Diese Forderungen werden wir gemeinsam mit Nachdruck verfolgen! Für diese vielfältigen Aufgaben brauchen wir viele starke Gewerkschaften, denn eine Gewerkschaft allein kann die Vielfalt der Beschäftigungsverhältnisse nicht widerspiegeln. Wir christlichen Gewerkschaften sind ein Teil der Gewerkschaftslandschaft und werden unseren Beitrag dazu leisten, dass der Mindestlohn in Deutschland ein Erfolg wird!

Berlin, im März 2014

* * * *

Aus den Gewerkschaften

Mindestlohn auch für Langzeitarbeitslose - CGM wendet sich gegen die geplante Ausnahmeregelung!



Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) fordert von der Bundesregierung die strikte Einhaltung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro pro Stunde - ohne Ausnahme. „Wenn man der Ansicht ist, dass man von einem Vollzeit-Job leben können muss, sind 8,50 Euro das Mindeste und dann muss diese Untergrenze auch wirklich für jeden gelten“, so die Meinung des CGM-Bundesvorsitzenden Adalbert Ewen.

Auch bei Langzeitarbeitslosen sehe er keinen Bedarf für eine Ausnahmeregelung: „Es gibt so viele Fördermöglichkeiten für Arbeitgeber, die Langzeitarbeitslose einstellen, dass nicht auch noch nach unten von den 8,50 Euro abgewichen werden muss, um einen finanziellen Anreiz zu schaffen“. Die Förderungen der Bundesagentur für Arbeit wie z.B. Eingliederungs- oder Beschäftigungszuschuss, Ausbildungsbonus oder die Perspektive 50plus dienen ja gerade dazu, Arbeitgeber von einem Teil der Lohnkosten zu entlasten, um Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Die Notwendigkeit zur Schaffung eines weiteren Anreizes sehen wir nicht.“

Dagegen sehe die CGM sehr wohl eine Notwendigkeit zur Abweichung von der strikten Altersgrenze 18, wie sie Arbeitsministerin Nahles plant. „Diese starre Regelung geht an der Lebenswirklichkeit vorbei“, so

der CGM-Bundesvorsitzende. „Ein 18-jähriger Auszubildender muss geringer entlohnt werden dürfen als ein 18-jähriger Ausgelernter“. Für die CGM ergebe die Altersgrenze 18 deshalb keinen Sinn, vielmehr müsse zwischen Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen unterschieden werden. „Durch diese Regelung werden Arbeitgeber davon abgehalten, mit jungen Menschen, die während ihrer Ausbildung 18 werden oder bereits zu Beginn ihrer Ausbildung diese Grenze überschritten haben, überhaupt einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. Das träfe dann überwiegend (Werk-)Realschüler und Abiturienten und nützt deshalb niemandem“.

PM CGM vom 02.04.2014

* * * *

DHV erringt absolute Mehrheiten bei der Aufsichtsratswahl und der Betriebsratswahl Wüstenrot!



Bei den gleichzeitig stattfindenden Aufsichtsrats- und Betriebsratswahlen der Wüstenrot Bausparkasse AG konnte die DHV triumphale Ergebnisse einfahren und ihre ohnehin schon starke Stellung im Unternehmen weiter ausbauen.

Bei der Aufsichtsratswahl erzielte die DHV ein Spitzenergebnis von 68 %! Damit deklassierte die DHV die ver.di-Liste und stellt für die kommenden fünf Jahre beide Gewerkschaftsmandate! Auch die von der DHV unterstützte Arbeitnehmerliste erreichte ein hervorragendes Ergebnis von 61,5 % und errang zwei Mandate.

Im neuen Aufsichtsrat sitzen folgende DHV-Mitglieder. Als Vertreter der Gewerkschaften Christoph Seeger und Petra Knodt, als Ersatzmitglieder Sibylle Willmann und Michael Tomaschko. Als Vertreter der Arbeitnehmer Andreas Rothbauer und Sandra Rosenberger, als Ersatzmitglied Joachim Buchmann. Damit besetzt die DHV vier von sechs möglichen Aufsichtsratsmandaten bei der zweitgrößten Bausparkasse Deutschlands!

Mitbestimmung ist die Selbstbestimmung der Arbeitnehmer und nicht die Fremdbestimmung durch eine anonyme Gewerkschaftszentrale! Nach diesem Selbstverständnis stellt die DHV nur Beschäftigte von Unternehmen als Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Gewerkschaftslisten auf. Die Wahlergebnisse bei der Wüstenrot Bausparkasse zeigen, dass diese Strategie nach wie vor die richtige ist. Die starke Stellung der DHV bei der Wüstenrot Bausparkasse zeigte sich eindrucksvoll auch bei der gleichzeitig stattfindenden Betriebsratswahl: 9 von 17 Betriebsräten sind DHV-Mitglied!

Die DHV wird wie in den vergangenen vier Jahren auch in der neuen Amtsperiode den Betriebsratsvorsitz und den Gesamtbetriebsratsvorsitz stellen. Das Betriebsratswahlergebnis ist Ausdruck der guten Betriebsratsarbeit der DHV-Mitglieder in der vergange-

nen Amtsperiode. Die DHV lehnt nach ihrem Selbstverständnis ein Steuern der DHV-Betriebsräte durch zentrale Vorgaben von oben ab. Wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorgibt, sind die DHV-Betriebsräte allein dem Wohl des Unternehmens und ihrer Kolleginnen/Kollegen verpflichtet. Diese Botschaft ist bei den Beschäftigten in der Betriebsratswahl angekommen.

Das Wahlergebnis ist ein guter Vertrauensvorschuss für die kommenden vier Jahre. Die DHV beglückwünscht die gewählten Mitglieder zu ihrer Wahl und wünscht ihnen für die neue Amtsperiode viel Glück und Erfolg bei ihrer Arbeit für die Interessen der Beschäftigten und für das Wohl des Unternehmens Wüstenrot.

PM DHV vom 24.03.2014

* * * *

Ergebnis der Betriebsratswahl beim Landesverband Baden-Württemberg für Leistungsprüfungen in der Tierzucht e.V. Stuttgart (LKV)



Von den 607 wahlberechtigten Mitarbeitern wurden bei einer Wahlbeteiligung von 42 % am 27.03.2014 folgende Kolleginnen und Kollegen für die nächsten 4 Jahre als Betriebsrat gewählt:

Bieger Jürgen Stuttgart 1. Vorsitzender	ADM
Regele Manfred Abtsgmünd 2. Vorsitzender	ADM
Schäfer Jens Auenwald Vorsitzender Personalausschuss	ADM
Becker Liane Vaihingen/Enz Gleichstellungsbeauftragte	ADM
Schweizer Robert Schonach Suchtbeauftragter	ADM
Agostini Karlheinz Löffingen	ADM
Bemetz Josef Leutkirch	ADM
Forderer Hermann Bad Wurzach	ADM
Mayerhofer Claus Bad Waldsee	ADM
Mößner Michael Spechbach	ADM
Schuck Anne-Ruth Radolfzell	ADM
Mayer Georg Essingen Vertrauensmann d. Schwerbehinderten	ADM

Somit gehen 100% der Sitze an ADM-Mitglieder. Der ADM beglückwünscht alle Betriebsräte zu diesem tollen Wahlergebnis und wünscht viel Kraft und Erfolg bei der wichtigen Arbeit. Ganz besonderer Dank gilt dem Wahlvorstand und dessen 1. Vorsitzenden Hansjörg Sorg sowie Dieter Patzelt und Martin Klapsia.

PM ADM vom 07.04.2014

* * * *

CGPT begrüßt Ökumenische Sozialinitiative



Die Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation begrüßt die Ökumenische Sozialinitiative der beiden großen christlichen Kirchen ausdrücklich. Es ist richtig und wichtig, dass die Kirchen weiterhin zu sozialen und ethischen Fragen im Arbeitsleben und der Gesellschaft Stellung beziehen, so der CGPT Bundesvorsitzende Ulrich Bösl.

Die christlichen Gewerkschaften beziehen seit mehr als 150 Jahren ihre gewerkschaftspolitischen Inputs aus der Soziallehre und der Sozialethik der christlichen Kirchen. Das Papier ist ein erneuter Versuch, den einzelnen Menschen wieder in den Blickpunkt zu rücken. Auch ergreift das Papier Partei für die Armen und schwachen unserer Gesellschaft, die Arbeitslosen, die Geringverdiener und für alle jene, deren Notlage ausgenutzt wird. Das Papier fordert auf, unsere Wirtschaftsordnung nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln.

Die CGPT wird sich mit dem Papier positiv auseinandersetzen und sehen, was in die harte Alltagsarbeit einfließen kann. Das Papier der Kirchen ist eine Bestätigung der CGPT-Ziele für mehr Menschlichkeit im Arbeitsleben, so der CGPT Bundesvorsitzende Ulrich Bösl.

PM CGPT im März 2014

* * * *

GÖD Presseinformation zum Warnstreik am 25.03.2014 der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst im Saarland - Ohne ein Arbeitgeberangebot lässt sich nicht verhandeln!



Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst machen Druck für gerechte Einkommen und gegen Nettolohnverluste im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften rufen am 25.03.2014 zu einem ganztägigen Warnstreik im Saarland auf. Die Gewerkschaft GÖD hat seine Mitglieder für den 25.03.2014 zu einem ganztägigen Warnstreik im Bundes- und Kommunaldienst aufgerufen.

Die Gewerkschaft GÖD (Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen) hat seine Mitglieder im Bundes- und Kommunaldienst zu einem ganztägigen Warnstreik am 25.03.2014 im Saarland aufgerufen. Damit soll der Druck auf Bund und Kommunen erhöht werden. Die Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst sind ein Sockelbetrag von 100 EUR plus 3,5 % mehr Einkommen im Monat. Für die Auszubildenden verlangen die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 EUR. In Anlehnung an die Gewerkschaftsforderung sagt der GÖD-Regionalgeschäftsführer Nico Caló: "Die Motivation der Beschäf-

tigten ist groß, für ihre Forderung zu kämpfen, was durch die hohe Teilnahme der Beschäftigten an den Warnstreiks der letzten Tage bestätigt wurde" und ergänzt: "Wenn die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, ein konkretes Verhandlungsangebot vorzulegen, dann kann auch nicht verhandelt werden", so Nico Caló. Bisher liegt kein Angebot der Arbeitgeber von Bund und Kommune vor, wodurch die Verhandlungen erschwert werden, stellt der GÖD - Landesvorsitzende Herbert Fontaine fest. „Aber vielleicht hilft der Warnstreik, die Arbeitgeber zu veranlassen, bei der dritten Verhandlungsrunde ein Angebot vorzulegen“, so der GÖD – Landesvorsitzende Herbert Fontaine abschließend.

PM GÖD vom 21.03.2014

* * * *

Fernfahrerstammtisch der Polizei am ehemaligen Grenzübergang Walserberg - Krafftahnergewerkschaft (KFG) gehört zu den Gründern



Beim regelmäßigen Fernfahrerstammtisch der Verkehrsinspektion Traunstein an der B A8, Rastanlage Walserberg, Fahrtrichtung München können Krafftahnerinnen und Krafftahner seit mehr als zehn Jahren mit Polizeibeamten ungezwungen über Probleme rund um den Verkehr diskutieren. Eingerichtet wurde der Stammtisch vom Ersten Polizeihauptkommissar Johann Ertl (†) und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Krafftahnergewerkschaft (KFG) Franz Xaver Winklhofer.

Federführend sind nun der Erste Polizeihauptkommissar Johann Heigermoser und Hauptkommissar Christoph Kreiner jeweils am 1. Mittwoch des Monats, ab 19.00 Uhr Ansprechpartner für Unternehmer, Berufskrafftahner und Interessenten aus den Verbänden. Besonders aufgewertet wurde der Fahrerstammtisch durch die Teilnahme von Chefinspektor Rudolf Diethard und Gruppeninspektor Jakob Kittl von der österreichischen Verkehrspolizei. Besonders die unterschiedliche Gesetzeslage in Deutschland und Österreich sorgt für zahlreiche Diskussionen. Die Unternehmer und Berufsfahrer sind dankbar, dass sie nicht länger auf die Gerüchteküche angewiesen sind, sondern an Ort und Stelle verbindliche Auskunft sowohl von der bayerischen als auch von der österreichischen Polizei erhalten.

Die Krafftahnergewerkschaft (KFG) hat mit dem Bundesvorstandsmitglied Tuncay Öztunc, aus Piding im Berchtesgadener Land, einen festen Platz bei diesem Treffen. Wenn es seine Zeit zulässt, ist die Teilnahme am Fahrerstammtisch für den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden von Bayern, Franz Xaver Winklhofer, eine Selbstverständlichkeit. Bei den Gesprächen und Diskussionen wird gegenseitiges Verständnis zwischen Polizei und den übrigen Teilnehmern geweckt.

PM KFG im März 2014